

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Mag. Selma Yildirim,
Genossinnen und Genossen

betreffend **Attraktivierung des Berufsbildes für den Polizeiberuf**

eingebraucht im Zuge der Debatte über den Bericht des über die Regierungsvorlage (1793 d.B.): Bundesgesetz, mit dem das Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979, das Gehaltsgesetz 1956, das Vertragsbedienstetengesetz 1948, das Richter- und Staatsanwaltschaftsdienstgesetz, das Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz, das Land- und forstwirtschaftliche Landeslehrpersonen-Dienstrechtsgesetz, das Landesvertragslehrpersonengesetz 1966, das Land- und forstwirtschaftliche Landesvertragslehrpersonengesetz, das Land- und Forstarbeiter-Dienstrechtsgesetz, die Reisegebührevorschrift 1955, das BundesGleichbehandlungsgesetz, das Bundes-Personalvertretungsgesetz, das Ausschreibungsgesetz 1989, das Pensionsgesetz 1965, das Bundestheaterpensionsgesetz, das Bundes-Bedienstetenschutzgesetz, das Rechtspraktikantengesetz, das Gerichtsorganisationsgesetz, das Rechtspflegergesetz, das Bundesgesetz über die Leistung eines besonderen Erstattungsbetrages anlässlich der Aufnahme in ein Dienstverhältnis zum Fürstentum Liechtenstein als Richter oder Staatsanwalt, das Bundespensionsamtübertragungs-Gesetz, das Bundes-Sportförderungsgesetz 2017, das Anti-Doping-Bundesgesetz 2021 und das Zustellgesetz geändert werden (2. DienstrechtsNovelle 2022) (1865 d.B.)

Die gegenständliche Novelle sieht höhere Einstiegsgehälter für den Exekutivdienst vor, was natürlich zu begrüßen ist. Wenn es jedoch darum geht, das Berufsbild für den Polizeiberuf insgesamt attraktiver zu machen, gibt es eine Reihe von Vorschlägen, die von der Polizeigewerkschaft und der GÖD formuliert und die nicht im Gesetzespaket beinhaltet sind.

Es sollten, um einige Beispiele herauszunehmen,

- die Ausnahmetatbestände beim Ruhen von pauschalierten Nebengebühren erweitert werden (Long COVID, Risikopatient*innen, angeordnete Quarantäne);
- die Bewertungen von Kriminalsachbearbeiter*innen, die mit der Bekämpfung der neuen Kriminalitätsformen konfrontiert sind und zum Teil sich selbstständig fort- und weiterbilden, erhöht werden;
- besserer Schutz bei Dienstunfällen ab Beginn der Betrauung;
- Erhöhung der Gebührensätze in der Reisegebührevorschrift;
- Anhebung des Dienstgeberbeitrages für die Bundespensionskasse.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport folgenden

Entschließungsantrag:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Entschließung:

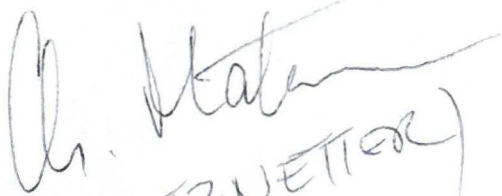
Der Nationalrat hat beschlossen:

Der Bundesminister für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport wird aufgefordert, umgehend mit der Gewerkschaft öffentlicher Dienst in Verhandlungen zu treten, um das Berufsbild für den Polizeiberuf attraktiver zu gestalten. Dabei sollen die in der Begründung beispielhaft dargestellten Forderungen der Gewerkschaft verhandelt werden.


(CLINDNER)


(VILDMAN)


(RECHENBERG)


(MATZENETTER)


(KÖCHER)


(KUCHER)